

TAGESPOLITIK - KOMMENTARE - AUSLANDSBERICHTE

P/XX/68

Bonn, den 8. April 1965

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Für einen starken Bildungsrat</u> Es geht um die Demokratie von morgen Von Waldemar von Knoeringen; Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft	91
3	<u>"Die Bundesregierung ist besorgt"</u> Westliche Kredite für Pankow immer umfangreicher	20
3	<u>Deutliche Abfuhr</u> Kiesinger will nicht nach Bonn	23
4	<u>Junge Generation und deutsche Wiedervereinigung</u> Erste gemeinsame Arbeitstagung des Kuratoriums Unteilbares Deutschland mit den Jungsozialisten Von Horst Seefeld	42
5 - 6	<u>Ein Jahr Regierung Papandreu in Griechenland</u> Auf dem Wege zum modernen Sozialstaat - Stabile Währung Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen	108

## Für einen starken Bildungsrat

Es geht um die Demokratie von morgen

Von Waldemar von Knoeringen,

Mitglied der SPD-Regierungsmannschaft

Von der deutschen Öffentlichkeit und auch von der Politik im wesentlichen unverstanden, vollzieht sich eine Auseinandersetzung um fundamentale Fragen unserer Demokratie von morgen. Die im Bereich der Kulturpolitik heftig entbrannte Diskussion um die beste und wirksamste Form des Bildungsrats ist mehr als nur eine Frage der Zweckmäßigkeit. Mit der institutionellen Form, die dem Bildungsrat gegeben wird, wird nicht nur über seine Wirksamkeit entschieden; noch viel gravierender ist die Entscheidung, die damit für die Weiterentwicklung unserer föderativen Ordnung verbunden ist. Die Einrichtung des Bildungsrats ist ein Testfall dafür, ob wir die Voraussetzungen schaffen können, eine weitgestreckte Konzeption nationaler Bildungspolitik zu entwickeln, ohne dabei die durch das Grundgesetz und die Länderverfassungen gesetzten Normen bundesstaatlicher Ordnung zu missachten. Betrachtet man die Diskussion der letzten Monate, die um die Koordinierung der deutschen Kulturpolitik geführt wird, so muss man bestürzt sein über die zum Teil oberflächlichen und inkonsequenten Vorschläge und Konstruktionen, die vorgebracht wurden. Man kann sich des Eindrucks nicht erwehren, dass weder die verfassungsrechtliche noch die verfassungspolitische Problematik zu Ende gedacht ist und dass man einfach eine Institution schaffen will, um dem inzwischen immer stärker gewordenen Druck der öffentlichen Meinung auszuweichen.

### Initiative ging von der SPD aus

Die Sozialdemokratische Partei hat diese Fragen als erste vor zwölf Jahren aufgegriffen. Sie hat sich dann bei ihrem Vorschlag zur Einrichtung des deutschen Wissenschaftsrats 1957 mit der Frage auseinandergesetzt, inwieweit die Länder untereinander und auch der Bund und die Länder Einrichtungen treffen können, die der Koordinierung der Kulturpolitik dienen und die verfassungsrechtliche Ordnung nicht sprengen. Die Sozialdemokratie hat als erste Partei 1961 den Vorschlag eines Bildungsrats gemacht und einen Staatsvertrag der Länder zur Koordinierung der deutschen Kulturpolitik vorgelegt. Sie hat ständig auf die anderen Parteien einzuwirken versucht, die entscheidende Bedeutung von Verfahrensregelungen zu erkennen und die vom Grundgesetz gegebenen Möglichkeiten für ein Zusammenwirken der Länder und des Bundes voll auszunutzen. Die SPD hat sich jedoch mit allem Nachdruck den Versuchen widersetzt, durch eine plumpe Zentralisierung die föderative Ordnung auszuhöhlen. Sie hat sich nie der Täuschung hingegeben, dass durch Errichtung eines Bundeskultusministeriums die dringend gewordenen Probleme einer Koordinierung leichter lösbar wären.

Bei ihrem erneuten und sehr konkreten Vorschlag zur Errichtung des Bildungsrats hat die SPD vier Gesichtspunkte besonders herausgestellt:

1. Sie will einen starken Bildungsrat, d.h. der Bildungsrat muss seine Empfehlungen und Gutachten unabhängig und auf seine eigene Verantwortung gestellt erarbeiten und verkünden können. Gerade deshalb halten wir den Vorschlag, die Kultusminister als eine Verwaltungskommission in den Bildungsrat mit einzubeziehen, für unrealistisch.

Diese Regelung würde das Ende des Bildungsrats sein, noch ehe er geschaffen ist. Der Bildungsrat muss die volle Unterstützung der Verwaltung bei seinen Arbeiten haben, aber er darf nicht mit ihr vermischt werden. Der naheliegende Vorschlag, den Bildungsrat nach dem Modell des Wissenschaftsrats zu konstruieren, ist kein neuer Gedanke. Die Sozialdemokratie hat sich intensiv damit beschäftigt und ist eindeutig zu der Auffassung gelangt, dass von der Aufgabe sowohl als von der verfassungsrechtlichen Seite her der Wissenschaftsrat kein Modellfall sein kann.

2. Der Bildungsrat braucht hohe Autorität. Er kann fruchtbare Arbeit nur als kleines Gremium von Persönlichkeiten leisten. Darum soll seine Berufung auf Vorschlag der Bundesregierung und der Ministerpräsidenten der Länder vom Bundespräsidenten vollzogen werden. Der Bildungsrat soll auch keine Miniaturausgabe des Bundesrats sein. Daher lehnen wir seine Zusammensetzung nach den Länderproporz ab.
3. Der Bildungsrat muss seine Arbeitsergebnisse den Regierungen, den Parlamenten und den Gemeinden vorlegen.
4. Daraus ergibt sich der Vorschlag einer bildungspolitischen Kontaktkommission des Bundes, der Länder und der Gemeinden. Auf diese Weise wird sowohl die Legislative wie auch die Exekutive veranlasst, zur Durchführung der Vorschläge konkret Stellung zu nehmen.

#### Angebrachte Warnung

Wir warnen vor einer Konstruktion, die dem Bildungsrat Aufgaben stellt, die er nicht erfüllen kann, weil er im Rahmen der Verwaltung keinerlei Kompetenz besitzt und nach der Verfassung auch keine Verantwortung übernehmen kann. Wenn man in dieser Hinsicht den Vorschlag des Minister Dr. Hahn und anderer genau betrachtet, drängt sich die Überlegung auf, dass hier der Versuch gemacht werden soll, die Verantwortlichkeit für das unbefriedigende Funktionieren der Zusammenarbeit von Bund und Ländern auf eine neue Institution abzuschieben. Es bleibt nach dem Grundgesetz die Aufgabe der Regierungen der Länder und des Bundes und der Parlamente, ihr Zusammenwirken so zu regeln, dass das bundesstaatliche System funktionsfähig bleibt. Einrichtungen wie der Bildungsrat können dabei nur eine beratende und konzipierende Funktion übernehmen. Darin aber liegt ihr besonderer Wert.

Es ist geradezu tragisch, dass es bisher trotz aller Bemühungen der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, das sachliche Gespräch der demokratischen Parteien über diese Frage herbeizuführen und Missverständnisse oder irrige Sachvorstellungen zu klären. Falsche parteiegoistische Gesichtspunkte haben die CDU veranlasst, diese Gespräche vorerst unmöglich zu machen. Trotz Wahlkampfes drängen die Sozialdemokraten auf dieses Gespräch, denn die Parteien tragen die höchste Verantwortung dafür, dass Bildungspolitik mit kühnen Beschlüssen vorangebracht, dass aber dabei die föderativ demokratische Grundordnung nicht in Frage gestellt wird.

+ + +

"Die Bundesregierung ist besorgt"

Westliche Kredite für Pankow immer umfangreicher

sp - Aus B r ü s s e l (!), nicht aus Bonn, verlautet, die Bundesregierung sei besorgt über das wachsende Angebot westlicher Kredite für Pankow. "Sehr unerfreulich" sei es, dass auch die Partner der EWG die Kreditfristen im Handel mit der Zone aufstocken. - Das klingt seriös, wenn es auch merkwürdig erscheinen mag, dass die Bundesbürger Nachrichten über die Besorgnis ihrer Regierung nicht aus Bonn, sondern aus B r ü s s e l erfahren.

Als der SPD-Pressedienst im November 1964 mit Nachdruck darauf verwies, einige westliche Länder seien im Begriff, das Kreditvolumen und die Kreditfristen für die Zone auszuweiten, liess die Bundesregierung offiziell erklären, es handele sich bei diesen Hinweisen um "Übertreibungen". Es hätte nicht viel gefehlt, da hätte man uns öffentlich der Verbreitung von Unwahrheiten bezichtigt. Seither sind sechs Monate vergangen. Auf einmal ist die Bundesregierung "besorgt" und will - so hört man aus Brüssel (!) - die EWG-Partner zur Zurückhaltung bei Kreditangeboten an die Zone bewegen. - Wir sind gespannt, was dabei herauskommt. Da man nicht rechtzeitig interveniert hat, sind die Geschäfte namhafter westlicher Firmen bereits so weit gediehen, dass kaum noch etwas dagegen zu machen sein wird. Daher kommt wohl auch die Nachricht aus Brüssel und nicht aus Bonn ...

\* \* \*

Deutliche Abfuhr

Kiesinger will nicht nach Bonn

sp - Kurt Georg Kiesinger, Ministerpräsident von Baden-Württemberg, einst das aussenpolitische Paradepony der Unionsparteien im Bundestag, auch von der Opposition hochgeachtet, hat nicht die Absicht, wiederum in die CDU als Abgeordneter in den 5. Bundestag einzuziehen. Die Begleitumstände seines Wegganges aus Bonn verdienen in Erinnerung gebracht zu werden. Damals befand sich die CDU auf dem unangefochtenen Höhepunkt ihrer Macht, doch ihre innere Verfassung und schon damals sich abzeichnenden Diadochenkämpfe liessen Kiesinger es ratsam erscheinen, Bonn den Rücken zu kehren. Er hatte sich den Ruf eines glänzenden und fairen Parlamentariers erworben; vielleicht war dies der Grund, weshalb der damalige Bundeskanzler Adenauer für diesen Mann keine richtige Verwendung fand. Die einst ihm angebotene Stellung eines Postministers kam eher einer Degradierung gleich. Auf der Suche nach Rettungsankern verfielen führende CDU-Leute jetzt wiederum auf den Namen Kiesinger, sogar als möglicher Bundeskanzler wäre er ihnen hochwillkommen. Doch der allseits beliebte Ministerpräsident von Baden-Württemberg hat mit betonter Entschiedenheit ein solches Angebot abgelehnt, wohl in der Erkenntnis, dass er als CDU-Ministerkandidat in Bonn mehr zu verlieren als zu gewinnen hätte. Auch sein Name kann nicht einer Partei neuen Glanz und Würde verleihen; beides hat sie durch ihr Schwanken in den letzten Jahren verloren. Die Abfuhr, die Kiesinger der Bundesführung der CDU erteilte, spricht Bände.

\* \* \*

## Junge Generation und deutsche Wiedervereinigung

Erste gemeinsame Arbeitstagung des  
Kuratoriums Unteilbares Deutschland mit den Jungsozialisten

Von Horst Seefeld

Am kommenden Wochenende kommen in Bad Hersfeld Vertreter des Kuratoriums Unteilbares Deutschland und der Jungsozialisten in der SPD zum ersten Mal zu einer gemeinsamen Arbeitstagung zusammen.

Als das Kuratorium im Dezember des vergangenen Jahres seine regelmässig in Berlin stattfindende Jahrestagung abhielt, waren in einem Jugendforum die Mitglieder politischer Jugendorganisationen in grösserer Anzahl als bei vorherigen Tagungen dieser Art anwesend. Sie bekundeten den Willen, das Kuratorium stärker zu unterstützen und vor allem mitzuhalten, den Gedanken an die deutsche Wiedervereinigung in der jungen Generation unseres Volkes nicht verebben zu lassen. Es kam deshalb nicht von ungefähr, dass bereits im Januar das Kuratorium leitende Mitarbeiter zahlreicher deutscher Jugendverbände zu einer ausführlichen Diskussion über die Situation junger Menschen im geteilten Deutschland nach Braunschweig einlud. Dabei ging es u.a. um die Überlegung, wie die menschlichen Beziehungen zur Jugend jenseits von Mauer und Stacheldraht verwirklicht werden könnten. Jede Zusammenarbeit mit der kommunistischen FDJ wurde strikt abgelehnt. Die Jugendvertreter kamen überein, die Bemühungen um Begegnungen mit jungen Mitbürgern in Mitteldeutschland nicht aufzugeben.

Die drei RpJ-Organisationen haben für die erste Jahreshälfte 1965 die Weiterführung der Gespräche mit dem Kuratorium in drei getrennten Bundestagungen geplant. Unter dem Motto "Die junge Generation und die deutsche Wiedervereinigung" machen die Jungsozialisten den Anfang. Die Junge Union und die Deutschen Jungdemokraten werden folgen. Am 10. und 11. April wird der Geschäftsführende Vorsitzende des Kuratoriums, Dr. Wilhelm Wolfgang S c h ü t z, die Frage "Welche Aussenpolitik erwartet die junge Generation?" aufwerfen und zu beantworten suchen. Der Landrat des Landkreises Bad Hersfeld, Edwin Z e r b e, MdL, spricht zu den Teilnehmern der beiden Organisationen über "Die Behandlung von Zonchengrenzfragen - ein Prüfstein für die Wiedervereinigung". Als Vertreter der Jungsozialisten werden der stellvertretende Bundesvorsitzende, Peter C o r t e r i e r, der Vorsitzende des Fachausschusses Mitteldeutschland, Rudolf M a e r k e r, und der Jugendpolitische Referent beim Parteivorstand der SPD, Dr. Waldemar R i t t e r, sprechen. - Im Verlaufe dieser Zusammenkunft wollen Jungsozialisten und Kuratorium auch über die Bedeutung des 17. Juni und die Möglichkeiten einer Verbesserung in der Ausgestaltung dieses Tages in Deutschland reden.

Das erste Zusammentreffen der jungen Sozialdemokraten mit den Verantwortlichen in der Arbeit des Kuratoriums Unteilbares Deutschland soll der Intensivierung der Wiedervereinigungspolitik dienen. Die Tagungsergebnisse werden sicher nicht nur bei den beiden Organisationen mit Interesse erwartet.

Ein Jahr Regierung Papandreu in Griechenland

Auf dem Wege zum modernen Sozialstaat - Stabile Währung

Von Dr. Basil Mathiopoulos, Athen

Ein Jahr nach der Regierungsübernahme durch die Zentrumsunion unter Georg Papandreu zeigt die wirtschaftliche Lage Griechenlands eine ständige Aufwärtsentwicklung. Die Wahrungstabilitat besteht weiter, obwohl das Land enorme Summen für seine Sozialpolitik ausgibt. Die Drachme gehört heute zu den stabilsten Währungen Westeuropas (1 DM = 7,5 Drachmen).

Vor kurzem wurde im Europarat in Straßburg festgestellt, daß der Grad der wirtschaftlichen Aufwärtsentwicklung Griechenlands im Jahre 1964 nach der Bundesrepublik die zweite Stelle einnahm. Die neue Regierung Griechenlands stellte sich von Anfang an das Ziel, das Sozialeinkommen der am wenigsten begunztigten Schichten anzuheben. So traf man besonders Maßnahmen zur Unterstützung der Bauern, die fast 50 Prozent der griechischen Bevölkerung ausmachen. Die landwirtschaftliche Produktion ist gestiegen, die drückende Schuldenlast der Bauern konnte beseitigt werden. Daneben ordnete man eine Heraufsetzung der Mindestpreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse - wie Tabak, Getreide, Baumwolle, Südfrüchte, Olivenoil usw. - an und gab den Bauern die Möglichkeit, sich eine bescheidene Rücklage zu schaffen. Die Tatsache, daß die Landwirte einen Teil des so gewonnenen Geldes auf die Sparkassen brachten, half der Notenbank, den Geldumlauf normal zu halten. Ein weiterer günstiger Umstand für die Erhaltung der Geldreserven waren die Überweisungen der griechischen Seeleute aus dem Ausland, der Auswanderer aus den USA und Übersee und schließlich der 160 000 griechischen Gastarbeiter aus der Bundesrepublik. Ebenso brachte der steigende Fremdenverkehr Devisen in das Land.

Die Regierung hat im Jahre 1964 eine Reihe von Gesetzesmanahmen zugunsten des Erziehungswesens und des Kulturlebens getroffen und dafür Ausgaben in Höhe von 15 Prozent des Gesamthaushaltes bereitgestellt, während noch die vorherige Regierung nur 6 Prozent zur Verfügung stellte. Nach wie vor führt der Ministerpräsident selbst das Erziehungsministerium; er betonte im Parlament, daß die Erziehung - die Paedeia - die Infrastruktur der Entwicklung des Landes bildet.

Während sich die Bezüge und Gehälter der Beamten, Arbeiter, Angestellten und Rentner bis zu 20 Prozent erhöhten, blieb das Freisniveau praktisch auf dem gleichen Stand wie bei der Übernahme der Regierung. Gemäß einer Klausel der griechischen Verfassung, die eine Entlohnung der Richter entsprechend der Würde ihres Amtes festsetzt, wurden die Gehälter der Justizbeamten sogar verdoppelt. - Dieses Vorgehen wurde in der praktischen Abwicklung hauptsächlich durch eine Steuerreform erleichtert, die besonders zugunsten der niedrigeren Einkommensstufen entwickelt wurde und die Steuerhinterziehung in größerem Umfang verhindert. Allein durch den Gewinn der früher entgangenen Steuern konnten dem Fiskus Millionen von Drachmen zur Verfügung gestellt werden.

Die Aussichten für einen weiteren wirtschaftlichen Aufstieg Griechenlands sind für 1965 besonders günstig. Die Einnahmen aus einheimischen Quellen des Haushaltes in den ersten drei Monaten entsprachen dem geschätzten Zuwachs von 13,6 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Der Geldumlauf ist normal und das ständige Schreckgespenst eines Defizits in der Zahlungsbilanz, das den Weg Griechenlands in der Nachkriegszeit begleitete, ist durch die Reserven der Notenbank gebannt. Kürzlich erklärte Industrieminister S i g d i a , daß nun im Rahmen des Gemein-

samen Marktes gute Chancen für den Export griechischer Industrieerzeugnisse bestünden. Sigdis betonte, daß sich die Industrieexporte Griechenlands in die EWG zwischen 1963 und 1964 vervierfacht haben. So betrug die Ausfuhr im Jahre 1963 einen Wert von 918 000 Dollar, während der Industrieexport sich im Jahre 1964 auf 3 816 000 Dollar steigerte. Die Assoziation Griechenlands an die EWG trägt also bereits ihre Früchte. Inzwischen hat das Industrieministerium Gesetze zur Förderung von bestimmten Industriezweigen und des Handwerks ausgearbeitet, die von der früheren Regierung Karamanlis vernachlässigt worden waren. Zur weiteren Gesundung der Wirtschaft hat die Regierung verfügt, daß in Zukunft beim Kauf gebrauchter wie neuer Privatwagen die Zahlung in Monatsraten nicht mehr möglich ist. Da Griechenland keine eigene Autoindustrie besitzt, verlor das Land durch den Import von ausländischen Autos große Summen an Devisen. Nach wie vor sind Autos in Griechenland ein Luxusartikel, der nur den Schichten mit gehobenen Einkommen zugänglich ist. Diese Maßnahme wird künftig dem Lande Devisen erhalten, die dringend für die weitere Entwicklung der Wirtschaft gebraucht werden.

Die staatlichen Investitionen für das Jahr 1965 werden 7,9 Milliarden Drachmen betragen im Gegensatz von 5 Milliarden und 20 Millionen Drachmen im Jahre 1963. Von diesen Mitteln werden allein 3,7 Milliarden Drachmen der Entwicklung neuer Produktionszweige dienen. Für den Ausbau des ländlichen Straßennetzes stehen der Summe der letzten Jahre die 150 Millionen Drachmen betrug, fast 2 Milliarden Drachmen entgegen. Für die weitere Elektrizitätsversorgung auf dem Lande wurden 280 Millionen Drachmen eingesetzt. Dadurch können in diesem Jahre 764 Dörfer an das Stromnetz angeschlossen werden. Das Erziehungswesen erhält Kredite in Höhe von 755 Millionen Drachmen, im Gegensatz zu 162 Millionen im Jahre 1963. Davon erhalten die Hochschulen 163 Millionen, Berufsschulen und Schulen zur technischen Ausbildung 108 Millionen. Weitere 484 Millionen Drachmen sind für den Bau neuer Schulen vorgesehen. Für die Errichtung sozialer Wohnungen wurden 197 Millionen Drachmen, im Gegensatz zu 141 Millionen im Jahre 1964, zur Verfügung gestellt. Hinzu kommen die Kredite der staatlichen Organisation zur Förderung des Baus von Arbeiterwohnungen, welche die Errichtung von 25 000 Wohnungen im Rahmen eines Vierjahresplanes ermöglichen werden. Ebenso sind die Erstellung von Ameliorationswerken, sowie die Verbesserung und Erweiterung der hauptstädtischen Kanalisation vorgesehen.

Ministerpräsident Papandreu drückte kürzlich seine Befriedigung darüber aus, daß auch im Ausland die Fortschritte Griechenlands auf dem wirtschaftlichen Gebiet vermerkt worden sind. Diese Feststellung des griechischen Regierungschefs war insofern von Bedeutung, als während der ersten Monate der Regierung Papandreu nicht nur kritische Stimmen im befreundeten westlichen Ausland laut wurden, sondern auch manche Pressekommentatoren Griechenland die schlimmsten Zeiten voraussagten. Die einen prophezeiten dem Lande eine Inflation wegen der sozialen Maßnahmen der Regierung, andere stießen den Kassandrarufer aus, Griechenland habe die schwächste Regierung der Nachkriegszeit. Wieder andere fürchteten eine allmähliche kommunistische Durchdringung des Landes. Obwohl sich alle diese Auguren ausgerechnet an das Land wendeten, in welchem einst das Orakel von Delphi das ausschließliche Privileg solcher Zukunftsschau besaß, trat das Gegenteil einer chaotischen Entwicklung ein. So kam es, daß in den letzten Monaten die kritischen Stimmen fast verstümmten. Jeder gutwillige Beobachter kann heute nicht ableugnen, daß trotz des unbeschreiblichen Erbes des früheren Regimes Karamanlis, trotz des Zypernkonfliktes, der auch enorme Rückwirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung des Landes hatte, ein Werk geschaffen wurde, das bereits die ersten Früchte trägt.